



Reiches Land – Arme Kinder!

Einkommen zum Auskommen!

23.04.2007

Forderungsschreiben

An den Landrat des Landkreises Teltow-Fläming Peer Giesecke,
Mitglied der **Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Grundsicherung für Arbeitsuchende im Landkreis Teltow- Fläming** und maßgebender Kommunalpolitiker der großen Koalition der SPD und CDU im Kreistag Teltow-Fläming.

1.900.000 Kinder müssen von Arbeitslosengeld II (ALG II) leben.

Davon sind im Landkreis Teltow-Fläming 4206 Kinder betroffen.

Beim ALG II gibt es für ein Kind unter 14 Jahren 207,- EURO im Monat. Diese 207,- EURO setzen sich laut Gesetz aus vielen einzelnen Ausgabenpositionen zusammen. Zum Beispiel 0,76 EURO für Spielzeug, oder 4,40 EURO für Kinderschuhe oder 76,39 EURO für Essen und Trinken.

Für Schulsachen aber gibt es überhaupt keinen Cent. Für Schreibwaren im Allgemeinen sind 1,63 EURO vorgesehen. Dafür bekommt man gerade mal einen Bleistift und einen Radiergummi. Aber was ist, wenn ein Zirkel oder ein Mäppchen oder ein neuer Schulranzen gebraucht werden? Für Familien mit Hartz IV-Einkommen können somit keine Rücklagen für größere Aufwendungen, wozu auch die Einschulung gehört, gebildet werden.

Diese Positionen machen erschreckend deutlich, wie wenig die regierenden Parteien einem „Hartz-IV-Kind“ zum Leben im Jahr 2007 zugesteht.

Mit der Einführung des SGB II und des SGB XII wurden die früheren einmaligen Leistungen des Sozialhilferechts pauschalisiert. Das heißt in die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts eingerechnet. Das betrifft unter anderem die Beschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern, Bekleidung, Schuhen, Brennstoffen oder besonderen Lernmitteln – auch Einschulung. Gegenüber dem durchschnittlichen Sozialhilferegelsatz ist dadurch die Regelleistung für eine erwachsene Person um etwa 50,- EURO/Monat erhöht worden.

Es ist zwar richtig, dass die Höhe des ALG II der Bundestag festlegt.

Aber die Kommunalpolitiker und das zuständige ALG-II-Amt hier vor Ort können sehr viel für ALG-II-Bezieher und ihre Kinder tun.


Notwendig wäre deshalb die generelle Anhebung der Regelleistung um ca. 20 %. Zumindest bis zur Realisierung einer solchen Anhebung sollte insbesondere für Familien mit Kindern ein Auffangnetz in Gestalt einmaliger Bedarfe geschaffen werden, das finanzielle Notlagen verhindert und nicht schon am Einschulungstag erkennen lässt, aus welchem Sozialmilieu das Kind kommt.

Die Unterzeichner fordern den Landrat und die Fraktionsvorsitzenden der vertretenen Parteien im Kreistag Teltow-Fläming auf, tätig zu werden, um einmalige Bedarfe für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Sozialgeld und Sozialhilfe wieder zu ermöglichen.

Bis zu einer diesbezüglichen Änderung der Sozialgesetzbücher II und XII durch den Bundestag sind auf Kreisebene Mittel bereit zu stellen, um insbesondere für Familien mit Kindern akute Notlagen zu verhindern und Zuschüsse beispielsweise für Einschulungsbedarfe zu ermöglichen.

Tun Sie etwas gegen den Skandal der Kinderarmut in einem reichen Land.
Jetzt!
 Zur Einschulung im Schuljahr 2007/2008
Taten statt Warten!

Unterstützer

<p>Erwerbslosen-Arbeitskreis (ELA)</p>  <p>IG Metall Verwaltungsstelle Ludwigsfelde</p>	<p>Bündnis gegen Sozialabbau - Jüterbog</p>
<p>Regionalverband Teltow-Fläming Süd Der Linkspartei.PDS</p>	<p>Arbeitslosenverband Ortsverein Jüterbog/Luckenwalde</p>
<p>Verein für soziale Selbstverteidigung (i.Gr.) Jüterbog</p>	<p>Deutsche Kommunistische Partei Grundorganisation Teltow-Fläming</p>